

Beschluss

## **21 Jahre Friedliche Revolution, Zwanzig Jahre Deutsche Einheit: Gelebte Demokratie in Ost und West!**

Einundzwanzig Jahre Friedliche Revolution in Ostdeutschland und Osteuropa, zwanzig Jahre Deutsche Einheit: Die Überwindung der Diktatur, sowie die Entwicklung einer stabilen Demokratie sind ein Grund zur Freude. Etwas über zwei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution erinnern wir uns an die Überwindung von Ohnmacht und Diktatur mit friedlichen Mitteln und das mutige Engagement vieler politischer WeggefährterInnen in dieser Zeit, lange davor und bis heute.

Der erste Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich nach dem Zweiten Weltkrieg war der 17. Juni 1953 in der DDR. Ihm folgten 1956 die Posener Demonstrationen im Juni und die Revolution in Ungarn im Oktober, der Prager Frühling 1968 und 1977 die Charta 77 in der Tschechoslowakei sowie die Solidarnosc-Bewegung in Polen seit 1980. Die erfolgreiche Orientierung der Ungarn nach Westen, die „singende“ Unabhängigkeitsbewegung in den baltischen Staaten, die „samtene“ Revolution in der Tschechoslowakei, die immer stärker werdende Oppositionsbewegung in der DDR und der Abbau des Stacheldrahts an der ungarisch-österreichischen Grenze bereiteten den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und das Ende des Eisernen Vorhangs in Europa vor.

Die deutsche Einheit wurde erfolgreich mit der Überwindung der Spaltung Europas verbunden. Dies nunmehr zu bewahren und zu achten ist Pflicht und Auftrag auch für die Zukunft. Der Widerstand gegen die Diktatur in der DDR war geprägt von inhaltlichen Überzeugungen, die für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch heute noch konstitutiv sind: das Eintreten für Freiheit und BürgerInnenrechte, die ökologische Frage, Frieden und umfassende Gerechtigkeit. So gehört die Bürgerrechtsbewegung der DDR wie die im gesamten Osten Europas zu den geschichtlichen Wurzeln der Grünen Bewegung von heute. Etliche der Wünsche und Hoffnungen, die in beiden Teilen des geteilten Deutschlands in die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung gesetzt worden sind, haben sich erfüllt. Das in vielerlei Hinsicht bestimmende Grau wurde bunt, der Verfall wurde gestoppt, Städte und Dörfer neu hergerichtet, es gab viele Investitionen in die marode Infrastruktur.

Die Freiheit des Denkens, Redens, Reisens, Schreibens, Handelns ist nicht mehr wegzudenken und inzwischen gelebter Alltag. Die Ohnmachtserfahrungen und Reglementierungen der DDR sind nun Geschichte. Die Flüsse sind sauberer, es liegt kein Braunkohlequalm mehr in der Luft und aus dem Todesstreifen an der innerdeutschen Grenze ist ein grünes Band mit einer großartigen Artenvielfalt geworden.

Aber es gibt auch viele Wünsche und Hoffnungen, die sich in den letzten 20 Jahren nicht erfüllt haben: Braunkohle wird noch immer abgebaut um sie zu verstromen. Abwasser wird zwar kaum

noch ungeklärt in die Landschaft abgegeben oder Müll auf „Bürgermeisterkippen“ am Ortsrand verklappt, aber Kläranlagen und Müllverbrennungsanlagen sind, obwohl weniger als zwanzig Jahre alt, gigantisch überdimensioniert und weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll. Die Landschaft ist an vielen Stellen von übergroßen Infrastrukturmaßnahmen zerschnitten, deren Nutzen schon mit ihrer Fertigstellung nicht mehr bestand oder generell nie bestanden hatte. Die BürgerInnen-Demokratie, wie wir sie uns vorstellen, ist oft nur rudimentär entwickelt. Es fehlt primär an Erfahrungen und an Ermutigungen, selbst Verantwortung zu übernehmen, und dort, wo sie geschieht, ist solche Eigenverantwortung und Beteiligung seitens der Bürgerinnen und Bürger/der Zivilgesellschaft von einigen amtierenden Landesregierungen ausdrücklich nicht erwünscht. Das Weiterentwickeln von einmal Gesagtem oder Beschlossenen lässt immer wieder eine Kluft zwischen Regierenden und BürgerInnen erkennen. Schon vor „Stuttgart 21“ gingen Menschen in Weimar und ganz Thüringen monatelang auf die Straße, sammelten Unterschriften, diskutierten in Versammlungen, weil z.B. die Theaterlandschaft gerettet werden sollte. Sie waren erfolgreich. Ähnlich war es mit dem Protest gegen die riesige Waldschlößchenbrücke in Dresden. Der Bürgerentscheid hierzu war demokratisch und doch gab auch dort es keine Information und Diskussion über wirklich künftige Bedarfe und vor allem nicht über den drohenden Verlust des UNESCO-Welterbestatus.

## **Zwanzig Jahre neue Bundesländer: Erfolg und Verdrossenheit**

Die Geschichte des Ostens in den letzten zwanzig Jahren ist in vielerlei Hinsicht eine Erfolgsgeschichte. Die weiteren Entwicklungschancen in den fünf ostdeutschen Ländern hängen heute davon ab, wie stark Innovationen, Forschung und ErfinderInnengeist, mutiges UnternehmerInnenentum, aber auch der Einsatz für gelebte Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft unterstützt werden. Nach der Grundsanierung ist nun die Zeit gekommen, dass wir uns als Gesellschaft modernisieren und weiter entwickeln. Um so paradoxer ist es, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung beispielsweise die Förderung für die Erneuerbaren Energien drastisch zurückschraubt und gleichzeitig die Laufzeit für Atomkraftwerke verlängert und damit die Zukunft einer der erfolgreichsten neuen ostdeutschen Wirtschaftsbranchen, die von einer Vielzahl der BürgerInnen unterstützt wird und Arbeitsplätze bereitstellt, mutwillig aufs Spiel setzt.

Und: die Freiheit brachte auch Verunsicherung – auch und gerade für viele, die sich mit dem Leben und Planen in den Grenzen des DDR-Systems arrangiert hatten.

Für etliche erfüllen die soziale Lage, die gesellschaftliche Integration und die persönlichen Zukunftsperspektiven für sich selbst und die eigenen Kinder nicht die ursprünglich mit der Einigung verbundenen Erwartungen. Die vergangenen zwei Jahrzehnte unreflektiert als gelungene Erfolgsgeschichte der Demokratie und als einzigartige Gemeinschaftsaufgabe zu stilisieren, greift daher zu kurz. Es ist an der Zeit, die Perspektive zu wechseln. Die äußere Anpassung ist vollzogen, aber im Inneren kommen immer neue Fragen auf und gibt es neue und alte Mauern in vielen Köpfen.

Mit der Vielfalt der Möglichkeiten und der neu gewonnenen Freiheit gehen Angst und Unsicherheit einher. Mancherorts wird gerade die Sorge um die Zukunft als goldener Käfig empfunden, der zwar glänzt, aber durch dessen Gitterstäbe immer mehr Menschen hindurch rutschen. Zudem ist eine zunehmende Verklärung der DDR offen sichtbar. Darauf beruhende Auffassungen müssen konfrontiert werden mit den Geschehnissen in der DDR, die den de facto Unrechtsstaat DDR ausmachten. Nu so können wir klar und deutlich einer Verklärung entgegen treten, Erinnerung wachhalten und Erfahrungen weitergeben. Der Pseudo-Sozialstaat hat in Wirklichkeit viele Behinderte und Alte in heruntergekommen Heimen verwarlosen und unangepasste Kinder und Jugendliche in Jugendwerkhöfen einsperren und schikanieren lassen. Insbesondere da, wo Erin-

nerung und Gedenken staatlich gefördert oder institutionalisiert wird oder werden sollen, werden wir geschichtsrevisionistischen Tendenzen und Handlungen entschieden entgegen treten.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution ist die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der Vergangenheit der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgerichtet. Sie ist die Voraussetzung für gelingende Demokratie, um die wir jeden Tag neu kämpfen müssen. Einem großen Unwissen über die neueste Geschichte Deutschlands besonders bei denjenigen, die nach 1989 geboren worden sind oder die Wiedervereinigung aufgrund ihres Alters noch nicht bewusst miterlebt habend, wird in den Lehrplänen unserer Schulsysteme in Ost und West nicht in ausreichendem Maße begegnet. Die Auseinandersetzung mit der innerdeutschen Teilung und der Vereinigung als Symbol für eine wesentliche politische Wegmarke des 20. Jahrhunderts, nämlich den Kalten Krieg, scheint in weiten Teilen Deutschlands vermeintlich abgeschlossen oder gar nicht mehr gewünscht. Dabei begegnet uns diese jüngste deutsche Geschichte in den durch sie geprägten Strukturen auch heute noch in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf Schritt und Tritt. Ganz besonders nach zwanzig Jahren müssen wir die DDR-Geschichte kritisch aufarbeiten, um den Versuchen und Versuchungen, sie zu verklären, etwas entgegen zu setzen und aus der Vergangenheit lernen zu können. Diese kritische Aufarbeitung soll und muss sich besonders an die jüngeren Generationen richten. Die Verantwortung für die Zukunft unserer Demokratie braucht die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit, auch wenn diese mittlerweile Geschichte ist. Viele Verhaltensmuster von Regierenden und Regierten ziehen sich auch heute noch durch die Politik in den neuen Ländern und haben sich mitnichten einfach verflüchtigt. Wer nicht erkennt, dass Unrecht und Diktatur nicht einfach durch Zeit überwunden werden, wird die Zukunft in der Demokratie nicht gestalten können. Hierfür braucht es Transparenz und Aufarbeitung nicht nur mit Blick auf die Staatssicherheit als Schild und Schwert der Partei, sondern auch mit Blick auf den Alltag in der Diktatur, auf die Gesamtstruktur, die das System der DDR bis zum Schluss gemeinsam getragen hat. Hierzu gehören neben dem Geheimdienst „Stasi“ und der SED auch und gerade die ehemaligen Blockparteien, welche bspw. von der West-CDU und FDP nahezu geräuschlos übernommen wurden, der FDGB und viele andere Organisationen und sogenannte Vorfeldorganisationen der Partei. Besonders die aus SED und PDS entstandene Partei „Die Linke“ muss sich ihrer geschichtlichen Verantwortung endlich vollständig und ohne Vorbehalte stellen, gleiches gilt aber auch für alle anderen Parteien, Organisationen und Institutionen. Und nicht zuletzt: Die Opfer der SED-Diktatur bedürfen einer ausreichenden materiellen Unterstützung.

## **Der materielle Nachbau West ist zu Ende.**

### **Jetzt muss die Gesellschaft moderner werden.**

Im Osten Deutschlands müssen sich die Bundesländer auf drastisch sinkende öffentliche Mittel einstellen, denn das Auslaufen des Aufbau Ost aus Solidarmitteln hat begonnen. Gerade ostdeutsche Politik braucht eine andere Qualität. Verschärft wird diese Situation noch durch die großen Unsicherheiten in der globalen Wirtschaft. Über Freiheit diskutieren viele gern und oft, aber bei der materiellen Sicherheit nimmt bei vielen die Diskussionsfreudigkeit ein schnelles Ende. Das gilt nicht nur für den Osten.

Außerdem gibt es natürlich latent einen ständigen „Systemvergleich“. Entkleidet man diesen der Ostalgie, die von interessierten alten Kadern gerne am Leben erhalten wird, erkennt man starke gesellschaftliche Werte, die zum Ende gedacht wahrscheinlich dazu führen, dass die Ostdeutschen nie ganz so werden wie die Westdeutschen es waren: andere Zeiten, andere Fragen, andere Antworten. Aber eine kapitalismuskritische Haltung ist im Osten Deutschlands durchaus und nicht nur zu unrecht mehrheitsfähig, auch wenn es nur eine verschwindend kleine Minderheit ist, die sich die DDR tatsächlich zurück wünscht. Es muss also einen Korrekturbedarf am jetz-

zigen System geben, der nicht nur aus ostdeutscher Sicht existiert. Am Ende ist Weniger für uns alle vielleicht mehr für uns alle. Am Ende ist die Solidarität miteinander vielleicht mehr als ver- einzelte Aufstiegsoptionen. Am Ende ist eine gesunde Balance im Leben zwischen Beruf, Fami- lie, Freunden und Selbstverwirklichung vielleicht mehr als die Konzentration auf nur einen dieser Teile. Eine rein technokratische, industriepolitische und infrastrukturell nachholende Systemopti- mierung bzw. Strategien werden allein den Herausforderungen in Ost und West nicht mehr ge- recht. Seit den 1960er Jahren ist der Prozentsatz derer, die „zufrieden“ sind, nicht über 60% hinaus gekommen. Das ist eine solide, menschenorientierte Wachstumskritik per se. Sie wird noch einmal verschärft durch die ökologische Frage.

Wer sich dem stellen will, braucht aber einen anderen Aufbau Ost als den bisherigen Nachbau West. Grundversorgungen werden eine größere Rolle spielen: bei der Infrastruktur, bei der Ge- sundheit, in den Sozialsystemen. Vor allem brauchen wir mehr Demokratie, mehr Eigenverant- wortung, mehr Entscheidungsfreiheit. Unsere Infrastruktur muss sich diesen Prämissen anpas- sen: wir brauchen vor allem eine verlässliche Daseinsvorsorge zu volkswirtschaftlich und indivi- duell vertretbaren Preisen: von der Bildung bis zur Kultur, vom Abwasserkanal bis zum Staats- aufbau. Technische Innovationen in allen Bereichen unseres Alltags müssen es schaffen, dass die Lebenshaltungskosten für die Bürger und den Staat erschwinglich bleiben.

Eine Exportorientierung, die sich darauf konzentriert, das westdeutsche Wirtschaftswunder zu exportieren und zu wiederholen, ist schon aus ökologischen Gründen nicht sinnvoll. Eine Expor- torientierung, die mit einer sozialen Utopie gekoppelt ist, würde auch der Demokratie als Form staatlicher Organisation im In- und Ausland eine größere Reputation verschaffen.

Eine unübersichtliche, global vernetzt agierende und reagierende Welt löst vielerorts automa- tisch Ohnmachtsgefühle aus. Dem kann entgegen wirken: mehr Eigenverantwortung vor Ort, z.B. durch Bürgerentscheide und Bürgerhaushalte auf einer regionalen, überschaubaren Ebene und eine Demokratie, die sich nicht in der Parteiendemokratie erschöpft. Ist es für junge Men- schen wirklich attraktiv, sich organisieren zu müssen, um politisch etwas bewirken zu können? Der Kapitalismus baut auf das Individuum. Die Parteiendemokratie auf das demokratische Kol- lektiv. Eine Erweiterung unserer partizipativen Möglichkeiten in der Demokratie ist dringend ge- boten, um uns ökonomisch weniger zu ängstigen. Der Staat als Schiedsrichter und Richtungsge- ber kann ermutigen, sein Schicksal auch ökonomisch in der eigenen Region mehr in die Hand zu nehmen.

Zwei ökonomische Wirklichkeiten brauchen verschiedene Bedingungen: eine weltweite Export- orientierung ist etwas fundamental anderes als eine Binnenmarktorientierung. Die Betriebsgröße und die Betriebsführung (Konzern, Inhaber) machen einen enormen Unterschied in der Wahr- nehmung der Bevölkerung, was Wirtschaft für sie bedeutet.

Die Bedürfnisse haben sich geändert und vielerorts nehmen Armut zu und Teilhabechancen ab . Viele Menschen stellen eine möglichst unversehrte Umgebung in den Mittelpunkt ihres Strebens nach Lebensqualität. Wirtschaftliche Argumente reichen nicht mehr aus, um auch starke Ge- fährdungen von Mensch und Natur zu rechtfertigen – ein Beispiel sind die geplanten Kohlendi- oxidspeicher unter der Erde. Zyniker wie BaWüs Justizminister Ulrich Goll (FDP) mögen das „wohlstandsverwöhnt“ nennen. Wir nennen es gesellschaftlichen Fortschritt und ein gemeinsa- mes Anliegen für unsere Zukunft – in Stuttgart wie in Dresden, Berlin wie im Brandenburgischen oder in der Altmark.

## **Kultur, Bildung, Aufklärung: Demokratie erlernen, erfahren und erlebbar machen**

Demokratie kann und muss gelernt werden! Dazu gehören neben Lerninhalten im Unterricht auch die Strukturen, in der Bildung erfahren wird. Wenn Schule ein Lern- und Lebensort der De-

mokratie sein will, dann muss sie dort in demokratischen Strukturen auch erfahr- und erlebbar sein. Ein Mitspracherecht der Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung ihrer Schule und des Schulalltages ist die unverzichtbare Konsequenz. Wo, wenn nicht hier müssen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, Mitspracherechte erhalten und die Übernahme von Verantwortung durch Beteiligung an den Entscheidungen, die sie betreffen, ermöglicht bekommen.

Außerdem unverzichtbar für gelebte Demokratie ist die Förderung von Kultur einschließlich der Soziokultur und der Sport. Denn Kultur schafft Räume, in denen sich demokratisches Handeln praktisch erlernen lässt. Ob im Orchester oder beim Theater spielen, ob im kulturellen Jugendzentrum oder beim gemeinsamen Lesen, aber auch beim gemeinsamen Spielen oder im Sportverein: Kinder und Jugendliche brauchen Möglichkeiten der Befähigung, in denen sie sich Solidarität, Empathie und Teamdenken zwanglos aneignen können. Dafür müssen wir den Zugang zu kultureller Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche erleichtern und bestehende Schwellen abbauen. Dazu gehört auch, dass Schulen stärker als bisher mit außerschulischen Kulturträgern und Sportvereinen kooperieren. Sich einmischen und beteiligen muss sich lohnen, ob als SchulsprecherIn, als Vereinsvorstand oder in einem Kinder- und Jugendparlament, das wirklich etwas entscheiden kann. Sachkundige Bürgerinnen und Bürger in kommunalpolitischen Ausschüssen und Gremien müssen alle Generationen repräsentieren, wenn wirklicher Sachverstand für unterschiedliche Lebenslagen abgefragt werden soll. Beteiligung braucht Möglichkeiten, gerade für junge Menschen! Eine größere Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements ist dafür unabdingbar.

Gerade im Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist es mit politischen Initiativen allein von oben nicht getan. Wir brauchen eine aktive Bürgergesellschaft, die die Kraft hat, sich neu entstehenden oder regional bereits verankerten rechtsextremen und rassistischen, menschenfeindlichen Kräften und Parteien vor Ort couragiert entgegenzustellen und Demokratie, Menschenrechte für alle und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Dazu gehört, dass wir selbst Gesicht zeigen und somit erkennbar gegen Menschenverachtung und Demokratieabbau eintreten. Zentraler Bestandteil dessen ist eine unnachgiebige und kontinuierliche Aufklärungsarbeit und die Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins im Schulunterricht und mittels politischer Bildung, um für die Zukunft zu erinnern. Dazu gehört auch, immer neu darauf hinzuweisen, dass auch vermeintliche sozialpolitische oder sonstige Errungenschaften niemals das Fehlen von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit begründen oder rechtfertigen können.

### **Gegen Rassismus und Populismus: Demokratie stärken und verteidigen.**

Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern muss tagtäglich aufs Neue gelebt, praktiziert und verteidigt werden. Die Sorgen und Ängste derjenigen, deren mit der Einheit verbundene Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, werden von rechtsextremen Kräften und Parteien gezielt mit menschen- und demokratiefeindlichen Erklärungsmustern bedient und geschürt. Längst ist erwiesen, dass rassistische Einstellungen und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht nur an den extremen Rändern, sondern bis in die Mitte der Gesellschaft hoffähig geworden sind. Zwar handelt sich dabei um ein gesamtdeutsches Phänomen, trotzdem sind ostdeutsche Besonderheiten unübersehbar. Rechtsextreme Organisationen und Parteien versuchen mit Schulungszentren, Angeboten in der Nachmittagsbetreuung und im Internet und in Regionalblättern immer stärker Fuß zu fassen und die öffentliche und veröffentlichte Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen, Vereine, Elterninitiativen und öffentliche Orte besonders in ländlichen Regionen zu übernehmen und ganze Ortschaften oder Regionen zu vereinnahmen. Sie treffen oft dort auf Zustimmung, wo öffentliche Angebote zusammengestrichen und selbst essentielle Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge immer weiter zurückgefahren wurden. In einigen Regionen Ostdeutschlands haben sich Gegenden zu rechtsradikalen Hochburgen entwickelt, in de-

nen braunes Gedankengut, rechte Symbolik und rassistisches und minderheitenfeindliches Handeln schon beinahe selbstverständlich zu sein scheinen. Dagegen formiert sich immer wieder lokaler Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern – und wir müssen diese Gegenöffentlichkeiten mit allen Kräften unterstützen.

Daher muss eine ausreichende Finanzierung und Strukturförderung für die Programme gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bereitgestellt werden, damit zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf angemessener materieller und personeller Grundlage weiterarbeiten können. Als besonders gefährlich ist in diesem Zusammenhang das Agieren der zuständigen Bundesministerin Schröder zu werten, die mit ihren Versuchen, alle Extremisten in einen Topf zu werfen, der Verharmlosung von Rechtsextremismus massiv Vorschub leistet.

### **Kritisch und lebendig: Erinnerung nicht verblässen lassen.**

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, auf kommunaler Ebene und in Zusammenarbeit mit Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Kulturträgern vor Ort eine beständige Erinnerungskultur zu pflegen und beständig weiterzuentwickeln und an die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung der DDR zu erinnern. Besonders im Rahmen der Jugendbildungsarbeit und der politischen Bildung muss der neueren und neuesten Geschichte um die innerdeutsche Teilung und die friedliche Revolution im Rahmen von Lehrplänen und Themenkatalogen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zeitzeugenschaften und die verstärkte Kooperation mit Bildungs- und Gedenkstätten als authentischen „Lernorten“ könnten dafür gute, wenn auch niemals die einzigen Beiträge sein. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte aus der Mitte der Gesellschaft im Sinne einer lebendigen "Erinnerung von unten" sind ein wesentlicher Bestandteil der Aufarbeitung der SED-Diktatur, damit sich die öffentliche Erinnerung nicht in bloßen öffentlichen Ritualen der "Anlasserinnerung" erschöpft. Die verstärkte Vermittlung der DDR-Geschichte muss jedoch auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Zu den zentralen Institutionen der Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört neben der 1998 durch das Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf Beschluss des Deutschen Bundestages eingerichteten Stiftung, die sich als Ansprechpartnerin und Mittlerin zwischen gesellschaftlicher Aufarbeitung, Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit versteht, das Amt der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU). Die Arbeit von Joachim Gauck und Marianne Birthler und der von ihnen vertretenen Behörde hat Licht in ein besonders finsternes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte gebracht. Sie hat vielen Betroffenen ein Stück der geraubten Würde wiedergegeben und gezeigt, dass es möglich ist, das Unrecht einer Diktatur mit rechtsstaatlichen Mitteln aufzuarbeiten. Der Bedarf an dieser Form der Aufarbeitung ist ungebrochen hoch. Der immer wieder aufkommenden Debatte um die Abwicklung oder Zerschlagung der Behörde treten wir zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung entschieden entgegen. Die kontinuierlich hohe, bisweilen sogar steigende Nachfrage zeigt, dass die Arbeit der BStU in der aktuellen Form weitergeführt werden muss und eine Entscheidung über das Ende der Arbeit der Behörde zum aktuellen Zeitpunkt verfrüht wäre.

Wir fordern, dass die Überprüfung von Spitzenämtern auf Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst länger als bis 2011 möglich sein und der Zugang der Akten für Wissenschaftler und Journalisten erweitert werden muss. Wichtig ist, hier selbstverständlich auch das Agieren der DDR-Geheimdienste im Westen in den Blick zu nehmen und dabei die systemstabilisierende Wirkung der für die DDR-Staatssicherheit im Westen Tätigen nicht aus dem Blick zu verlieren. Denn auch das gehört zur deutsch-deutschen Geschichte.

## **Vor Ort: Handlungsmöglichkeiten für Kommunen schaffen**

Die Erinnerung an den Akt der Selbstermächtigung, an den Sieg des Mutes über die Ohnmacht gegenüber einem maroden System vor mittlerweile zwanzig Jahren muss als Grundstein für das Engagement in einer aktiven Bürgergesellschaft erzählt und erinnert werden. Modellprojekte in den einzelnen Regionen, die die Sicht der AkteurInnen als Ausgangspunkt des Handelns in den Blick nehmen, brauchen Stärkung und Unterstützung, genau wie (kommunal-) politische EntscheidungsträgerInnen, die ohne Unterstützung ihrer Arbeit durch entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote nicht auskommen werden. Die Bürgerbewegungen für das Theater vor Ort, für den Erhalt der Elbflusslandschaft, für bessere frühkindliche Bildung und für den Aufbau eines Dorfladens sprechen für sich: Wo Menschen ihre Bedarfe äußern und die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren, da wo sie in ihrem Lebensraum direkt betroffen sind, sind viele bereit sich einzubringen.

Menschen identifizieren sich mit ihrem Lebensort, mit ihrer Heimat und zeigen Erfindergeist, wenn es um die Zukunft ihrer Region geht. Von mobilen Gesundheitsteams über kleine, „wandernde“ Schulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht bis hin zum rollenden Theater muss auch und gerade angesichts von Abwanderung und demografischem Wandel die Förderung solcher flexibler Lösungen Unterstützung finden. Die Entwicklung dieser Lösungsansätze und -modelle funktioniert nicht von oben herab, sondern nur mit den Menschen in der Region gemeinsam. Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und eine Veränderung der bürokratischen Strukturen hin zu mehr Eigenständigkeit der Kommunen sind Möglichkeiten, damit die Menschen vor Ort für sich planen und entscheiden können.

## **Heimat gestalten, Handlungsspielräume schaffen**

Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlich prosperierenden, schön renovierten und touristisch beliebten Städten wie Dresden, Rostock, Potsdam, Erfurt, Leipzig, Greifswald, Weimar oder Halle auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Klein- und Mittelstädten und den ländlichen Regionen, die nicht selten durch hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung und wirtschaftliche Stagnation geprägt sind, ist offensichtlich. Die demografische Entwicklung ist in letzteren im Zeitraffer zu beobachten und notwendige Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge können nur mit Mühe oder gar nicht mehr aufrecht erhalten werden. Hier ist Ostdeutschland auch eine Region, in der erfahrbar wird, was in manchen Teilen im Westen der Republik zu erwarten ist. Die Konzepte sind deswegen gar nicht ostdeutsch-spezifisch. Wir plädieren daher für eine dezidiert akteurszentrierte Perspektive, wenn es um die Frage von Infrastruktur und Daseinsvorsorge geht. Ein Denken in Dienstleistungen statt in Strukturen ist nachhaltige Orientierung am Bedarf.

Die Entwicklung des Ostens in den letzten zwanzig Jahren zeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich den anstehenden Herausforderungen zu stellen und gehen kreativ mit neuen Anforderungen an sie um. Gerade durch ihre Erfahrungen aus der friedlichen Revolution wissen sie, dass Veränderungen nur durch eigenes Engagement möglich sind. Sie engagieren sich lokal und regional, weil sie den eigenen Lebensraum als Heimat und Teil ihrer eigenen Identität wahrnehmen: als einen vertrauten Ort, dem man sich auch emotional verbunden fühlt und dessen Geschichte und Institutionen zu bewahren sich lohnt.

Wir sollten an diese Erfahrungen und dieses Engagement anknüpfen, wenn es darum geht, die Orte, die stark dem demografischen Wandel unterworfen sind, neu und lebenswert zu gestalten. Ein lebenswerter Lebensraum ist zugleich zugänglich für Sinnfragen und schafft Offenheit für neue Lebensweisen. Gerade in Zeiten der Krise erleben wir einen Wandel von Wertevorstellungen und Lebensstilen, der nicht zuletzt mit der Skepsis gegenüber dem klassischen Wachs-

tumsdogma zu tun hat. Es entstehen verantwortungsvolle Lebensweisen, in denen die „Höher, schneller, weiter“-Logik in Frage gestellt wird. Gleichzeitig werden in dieser „Wende zum Weniger“ immaterielle Werte wie Familie, Kultur, menschliche Beziehungen, Muße, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Spiritualität oder auch Religion wichtiger.

### **Ideenlabor Ost: Erfolge feiern, Potentiale erkennen, Innovation ermöglichen**

Klar ist: Wo die demografische Entwicklung ganze Regionen „leerlaufen“ lässt, da treffen auch gute Ideen nicht mehr auf ausreichend Menschen, die sich diese zu eigen machen und umsetzen wollen oder gar Visionen für ihre Region mitbringen. Das demokratische Gemeinwesen und die wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten in den neuen Bundesländern leiden auch unter der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen, insbesondere Frauen, und dem geringen Zuzug. Wir müssen dringend Anreize schaffen, diesen „Brain drain“ zu stoppen. Das kann zum einen durch die Ansiedlung von Firmen und Firmensitzen in der Region geschehen, zum anderen aber auch über Instrumente, den Gründergeist derjenigen, die bleiben, zu nutzen und vor allem zu ermöglichen. Unternehmensgründungen müssen daher auch AbsolventInnen der Universitäten und Fachhochschulen unmittelbar möglich sein. Das zur Verfügung stellen von Räumen („Kreativzentren“) und Beratungsangeboten für ExistenzgründerInnen müssen dafür aber auf- und ausgebaut werden. Zugleich gilt es, gerade mit dem Auslaufen der Restriktionen für polnische und tschechische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Frühjahr 2011 und der zeitgleichen materiellen Angleichung der Lebensstandards, die wirtschaftliche Brückenfunktion die die ostdeutschen Bundesländer aufgrund ihrer geografischen Lage haben könnten, endlich wirklich mit Leben zu füllen. Klar ist auch, dass das Ideenpotential des Ostens sich nur entwickeln kann, wenn der Geist frei atmen darf. Ein Gefühl von „Ausgeliefert sein“ als Grundstimmung kann langfristig auch die materiellen Aufbauerfolge wieder gefährden. Ohne aktive Bürgergesellschaft werden sich die Erfolge der letzten 20 Jahre schnell relativieren. Und: Es gilt eine Willkommenskultur zu entwickeln, in der auch offensiv um Zuwanderung – gerade in die neuen Bundesländer – geworben wird. Hier braucht es den Mut zur Begegnung und die Lust an noch mehr Vielfalt und dem Miteinander und Kennenlernen auch unterschiedlichster Kulturen und Sozialisationen.

Wenn die Geschichte der deutsch-deutschen Wiedervereinigung noch stärker zu einer von der großen Mehrheit auch als solche empfundenen Erfolgsgeschichte werden soll, wenn wir eine Politik der Zukunft wollen, wenn wir Ökologie, Ökonomie und einen nachhaltigen Lebensstil zusammendenken wollen, wenn wir auch in Zeiten des Weniger Vorbildregion für andere sein wollen, dann müssen wir neue Ideen voranbringen und Räume schaffen, diese zu denken und auszuprobieren. Das heißt neben einigem anderen, unsere Demokratie zur BürgerInnen-Demokratie weiterzuentwickeln, unsere Wirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft umzuformen und unsere Gesellschaft zu einem solidarischen Miteinander zu ermutigen.

### **Konkret fordern wir:**

1. die Umwandlung des Solidarbeitrags in einen Bildungssoli zum Ausbau eines gerechteren und qualitativ hochwertigeren Bildungssystems, das sich als Lernort für Demokratie versteht.
2. die stärkere Verankerung der Geschichte der deutsch-deutschen Teilung und Wiedervereinigung im Rahmen der Lehrpläne und einen Ausbau der Kooperation von Schule und außerschulischen Bildungs- und Kulturträgern mit Fokus auf das Thema „Demokratie“.
3. eine bessere Finanzausstattung der Kommunen als wichtigsten Ort des Erlebens von Politik aus Bürgersicht.



4. eine Fokussierung der „Aufbau Ost“-Förderung auf die Stabilisierung des Mittelstandes und des Handwerks als tragende Wirtschaftsstruktur der ostdeutschen Länder, auf die Förderung von Innovation und „Spill over“-Effekten an Hochschulstandorten, Firmenneugründungen und Clusterbildung.
5. kritische Evaluierung aller bestehenden Förderprogramme und zukünftigen Verzicht auf diejenigen, die ökonomisch nicht mehr sinnvoll sind, und die Entwicklung eigener und zielgenauer Förderprogramme aus den eingesparten Landesmitteln der Kofinanzierung.
6. einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Daseinsvorsorge, ihrer Finanzierung und Förderung („Dienstleistung statt Struktur“) und die Ausrichtung von kommunalen Organisations- und Entscheidungsstrukturen hin zu mehr Autonomie der unteren Ebene und mehr Raum für lokales Engagement.
7. verbesserte Beteiligungsverfahren für die Bevölkerung bei Großprojekten und verbesserte Folgenabschätzung und deren öffentlicher Darlegungspflicht bei Infrastrukturmaßnahmen.
8. eine Kultur des kritisch-lebendigen Erinnerns, die zivilgesellschaftliche Initiativen statt bloßem Anlassgedenken zum Mittelpunkt ihres Engagements macht. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass das „Parlament der Bäume“ von Ben Wagin mit den einzigen Mauerresten im Regierungsviertel unter Denkmalschutz gestellt wird.
9. die Arbeit der BStU zu stärken und von der verfrühten Festlegung einer Auflösung der Behörde Abstand zu nehmen und stattdessen die Überprüfung von Spitzenämtern länger als 2011 zu ermöglichen und den Zugang zu den Akten für Wissenschaftler und Journalisten zu erweitern.
10. einen Ausbau der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, da dieser (und nicht Linksextremismus oder Islamismus) ein im Osten übermäßig stark auftretendes Problem ist.